

## Die europäischen Parteien

THOMAS JANSEN

Die Bemühungen, unter Berufung auf Art. 138a EGV die Klärung der rechtlichen Bedingungen für das Tätigwerden der europäischen Parteien im Rahmen der Regierungskonferenz voranzubringen, blieben ohne Ergebnis. Der Vertrag von Amsterdam enthält keinerlei Fortschritte in der vom Europäischen Parlament erhofften Richtung. Im Mai 1996 hatte der Institutionelle Ausschuß des EP den sozialdemokratischen Abgeordneten Tsatsos<sup>1</sup> beauftragt, einen Bericht zu diesem Problemkreis anzufertigen, der bereits im Sommer 1996 vorlag. Nach Diskussion und Amendierung im Ausschuß wurde er am 10. Dezember im Plenum zur Debatte gestellt und mit 336 zu 63 Stimmen bei 19 Enthaltungen verabschiedet.<sup>2</sup> Die den Bericht begleitende Entschließung fordert Verordnungen sowohl über „die Rechtsstellung“ als auch über „die finanziellen Verhältnisse“ der europäischen Parteien.

Im September hatte die griechische Delegation der Regierungskonferenz einen Vorschlag präsentiert, der eine Vervollständigung des Art. 138a EGV durch folgenden Satz vorschlug: „Zur Klärung ihrer rechtlichen Stellung und zur Verbesserung der tatsächlichen Voraussetzungen für die Erfüllung ihres Auftrages können Rechtsvorschriften nach dem Verfahren der Mitentscheidung erlassen werden.“<sup>3</sup> Und wenig später hatten die Regierungen Italiens und Österreichs in einem gemeinsamen Memorandum vorgeschlagen, im Vertragskapitel über die Unionsbürgerschaft folgenden Satz vorzusehen: „Unionsbürger haben das Recht, sich auf europäischer Ebene in Form von politischen Parteien frei zusammenzuschließen, die auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit beruhen. Solche Parteien tragen auf demokratische Weise dazu bei, ein europäisches Bewußtsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.“<sup>4</sup> Diese Vorschläge fanden jedoch wenig Unterstützung. Die Arbeit der europäischen Parteien und ihre Entwicklung vollzogen sich jedoch unabhängig von diesem „Rückschlag“.

### *Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)*

Es fügte sich außerordentlich glücklich für die SPE, daß sie ihren (alle zwei Jahre stattfindenden) Kongreß zum 5. bis 7. Juni 1997 einberufen hatte. Wenige Tage zuvor hatten die französischen Sozialisten unter Führung von Lionel Jospin die Mehrheit in der Nationalversammlung gewonnen; und es war gerade ein Monat vergangen, seitdem „New Labour“ unter Führung von Tony Blair in Großbritannien einen spektakulären Sieg errungen hatte. Beide Wahlsieger kamen nach Malmö, nicht nur um sich von ihren Parteiliebesgenossen feiern zu lassen, sondern vor

allem um sich mit ihren Kollegen, den anderen sozialdemokratischen Regierungschefs aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Hinblick auf die Tagung des Europäischen Rates von Amsterdam (16./17. Juni) abzustimmen.

Nach den Wahlen in Großbritannien und Frankreich stellten die Mitgliedsparteien der SPE jetzt in neun der fünfzehn EU-Staaten den Regierungschef: nämlich auch in Österreich, Portugal, Griechenland, Schweden, Dänemark, Finnland und in den Niederlanden. Darüber hinaus waren die Sozialdemokraten an den Regierungen in Belgien, Luxemburg, Italien und Irland (bis Ende Juni) beteiligt. Wenn man hinzunimmt, daß die einzigen in Malmö vertretenen Oppositionsparteien, nämlich die deutsche SPD und die spanische PSOE in ihren Ländern nach den nächsten Wahlen die Verantwortung übernehmen könnten, zeigt sich die neue Machtposition der europäischen Sozialdemokratie, die ihren Ausdruck nicht zuletzt auch darin findet, daß die SPE-Fraktion nach wie vor die stärkste Gruppierung im EP ist.

In der vom Kongreß verabschiedeten Erklärung „Let's make Europe work“<sup>45</sup> bekennt sich die SPE zu ihrer besonderen Verantwortung. Das von ihr angestrebte Ziel ist ein „Europa der Bürger, ein Europa der Kultur, ein sicheres, optimistisches, sauberes und faires Europa“. Die programmatischen Aussagen dieser Erklärung bleiben jedoch im Rahmen des intergouvernementalen europäischen „mainstream“ und reflektieren damit das große Gewicht, das die Partei auf die Zusammenarbeit zwischen den regierenden Parteifreunden legt.

Neben der Vorbereitung auf die Einführung des Euro und den Problemen der Arbeitslosigkeit stand die Reform des Unionsvertrages im Mittelpunkt des Interesses der SPE. Die Tagesordnung der inzwischen regelmäßig vor den Tagungen des Europäischen Rates stattfindenden Treffen der sozialdemokratischen Premier- und Außenminister unter der Leitung des SPE-Vorsitzenden Rudolf Scharping wurden hauptsächlich von diesen Fragen bestimmt.

Die sich verdichtende Zusammenarbeit zwischen den regierenden Sozialdemokraten ließ die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsparteien sowie die Bemühungen um die Integration der nationalen Strukturen in den europäischen Verbund in den Hintergrund treten. Auch zugunsten einer Weiterentwicklung der europäischen Strukturen scheinen keine besonderen Anstrengungen unternommen worden zu sein. Nach wie vor bleibt die Organisation der SPE weitgehend abhängig von den Möglichkeiten, welche die SPE-Fraktion des EP zur Verfügung stellt.

#### *Die Europäische Volkspartei (EVP)*

Seit jeher hat sich die EVP in stärkerem Maße als ihre Konkurrentinnen um die Entwicklung ihrer Strukturen der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung bemüht. Es ging ihr dabei sowohl um die Anpassung an die Erfordernisse der Europapolitik als auch um die Stärkung ihrer Aktionseinheit. Die vom EVP-Kongreß im November 1995 beschlossene Führungsstruktur und die in der Satzung vorgesehene Arbeitsteilung zwischen den Organen mußte sich in der Praxis bewähren: der Vorstand, bestehend aus den Delegierten der Mitgliedsparteien, bleibt wichtig

für die Besprechung und Verabredung der praktischen Arbeit und der konkreten Projekte; der neu eingeführte EVP-Rat, in dem die Parteiführer mit dem Präsidium zusammenkommen, sichert die politische Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen der Kooperation (Parteien, Parlamente, Regierungen); das verkleinerte Präsidium gibt die notwendigen Impulse für die Aktion der Partei und sorgt für die politische Koordination; der „kleine Gipfel“ bemüht sich um die Aktions-einheit im Hinblick auf die Entscheidungen, die auf intergouvernementaler Ebene und insbesondere im Europäischen Rat zu treffen sind. Dieser „kleine Gipfel“, an dem unter dem Vorsitz des Präsidenten Wilfried Martens neben den Regierungschefs auch die Mitglieder des Präsidiums teilnehmen, trat mehrmals zusammen, um sich vor allem mit dem Fortgang der Arbeiten der Regierungskonferenz zu befassen: allein im ersten Halbjahr 1997, im Vorfeld der Amsterdamer Tagung des Europäischen Rates, kam es zu drei solchen Treffen.<sup>6</sup>

Die Bedeutung, die sie ihren Strukturen beimißt, kommt auch im Vereinigungswesen der EVP zum Ausdruck. Sie verfügt – zum Teil schon seit ihrer Gründung – über Vereinigungen der Jungen, der Frauen, der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der Kommunal- und Regionalpolitiker. Im November 1995 war die Europäische Senioren-Union gegründet worden, die im September 1996 in Wien ihren ersten Kongreß durchführte. Außerdem wurde im Januar 1996 aus der Mittelstandsvereinigung, unter Ausweitung ihres Wirkungsfeldes, die Europäische Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung. Im Februar 1997 schließlich wurde, nach Einbeziehung der Jugendorganisationen der neuen (konservativen) Mitgliedsparteien, aus den Europäischen Jungen Christlichen Demokraten die Junge EVP. Im Herbst 1996 gewann die EVP mit der portugiesischen Partido Social Democratido, die seit ihrer Gründung in den siebziger Jahren der liberalen Parteienfamilie angehört hatte, ein neues Mitglied und ist damit auch wieder in Portugal vertreten.<sup>7</sup>

Neben der Arbeit an der „Vertiefung“ der Europäischen Union, die auf der Tagesordnung der Regierungskonferenz stand, beschäftigten die EVP vor allem auch die mit der Erweiterung zusammenhängenden Fragen. Eine praktische Aufgabe ihrer Organisation bleibt dabei die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den zukünftigen Mitgliedern aus den Ländern Mitteleuropas, mit denen die EVP-Parteien bereits seit Beginn der neunziger Jahre in der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) verbunden sind. In Antizipation der EU-Erweiterung soll nun die EUCD in die EVP integriert werden. Der EUCD-Kongreß, der im September 1996 im slowenischen Laibach stattfand, hat diesem Plan zugestimmt. Der nächste EVP-Kongreß im November 1997 wird entsprechende Satzungs-vorschriften verabschieden.

#### *Die Europäische Liberale und Demokratische Reform-Partei (ELDR)*

Nachdem die Parteiführer der ELDR am 13./14. Juni 1996, dem Beispiel von EVP und SPE folgend, zum ersten Mal unter der Leitung ihres Präsidenten Uffe Elle-mann-Jensen zusammengetroffen waren, wurde auch ihnen die halbjährliche

Begegnung im Vorfeld der Tagungen des Europäischen Rates bald zur Routine; sie trafen sich wieder am 5./6. Dezember in Den Haag und am 6. Juni 1997 in Luxemburg. Auf der Tagesordnung standen jeweils sowohl die Themen der Regierungskonferenz als auch aktuelle Fragen der europäischen und internationalen Politik. Die Positionen der ELDR zu den Themen der Regierungskonferenz unterschieden sich nicht wesentlich von denen, die auch von SPE und EVP eingenommen wurden: Bürgernähe und Transparenz durch Erleichterung des Zuganges zu den Institutionen und den Informationen; Effizienz der Entscheidungen durch Mehrheitsabstimmungen und die Vereinfachung der Entscheidungsverfahren; Demokratisierung der Institutionen; Flexibilisierung als Mittel zur Überwindung von Blockaden.<sup>8</sup>

Der XVIII. Kongreß der ELDR, der vom 10. bis 12. Juli 1996 in Wien stattfand, befaßte sich schwerpunktmäßig mit den Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Übergang zur „Informationsgesellschaft“ ergeben. Das hierzu verabschiedete Dokument<sup>9</sup> fordert eine weitgehende Liberalisierung der Märkte im Bereich der Telekommunikation und die systematische Förderung der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Der Wiener Kongreß beschloß wichtige Innovationen in bezug auf die Mitgliedschaft. Einerseits wurde für assoziierte Parteien aus Mitteleuropa die Möglichkeit geschaffen, nach zwei Jahren ordentliche Mitglieder zu werden; andererseits sollen Mitgliedsparteien, die ihren politischen und finanziellen Verpflichtungen nach einem Jahr nicht nachkommen, ihre Mitwirkungsrechte verlieren und nach zwei Jahren automatisch ausscheiden, falls ein Berufungsverfahren erfolglos geblieben ist. In Aussicht genommen wurde auch die Einführung einer individuellen Mitgliedschaft, deren Modalitäten noch zu klären sind: man denkt an die Gründung einer eigenen, transnationalen Organisation, in der die individuellen Mitglieder zusammengefaßt werden; sie müßte finanziell selbständig sein und würde einen Status erhalten, der dem der Mitgliedsparteien entspricht.

Die ELDR erlitt im November 1996 einen erheblichen Verlust durch das Ausscheiden der portugiesischen PSD, die zur EVP wechselte: sie hatte in der EP-Fraktion der ELDR mit acht Abgeordneten immerhin die stärkste Gruppe gestellt. Mit 41 Abgeordneten ist die ELDR-Fraktion im Juli 1997 nur noch die viertstärkste Gruppierung des EP, nachdem sich die Abgeordneten von Forza Italia mit der französisch-irisch-portugiesischen Fraktion der „Gaullisten“ zur Union pour l'Europe mit 55 Mitgliedern zusammengeschlossen hatten.

#### *Europäische Föderation Grüner Parteien (EFGP)*

Die Grünen haben sich mit der Existenz der Europäischen Union versöhnt, auch wenn sie kritisch bleiben: sowohl in bezug auf das ihr zugrunde liegende Konzept der Integration wie gegenüber ihren Institutionen und Politiken. In ihren Stellungnahmen zur Regierungskonferenz<sup>10</sup> akzeptieren sie inzwischen das vorhandene politische System als den Rahmen, den es auszufüllen gilt. Ihre Vorschläge zur

institutionellen Reform liegen nicht sehr weit von denen der anderen Gruppierungen entfernt.

Die damit eröffnete Entwicklungsperspektive rechtfertigt es, die EFGP jetzt auch unter der Kategorie „europäische Partei“ zu behandeln, obwohl die Grünen – im Unterschied zu den drei „klassischen“ Parteifamilien – bisher bewußt darauf verzichtet haben, eine Organisationsform zu wählen, die sich auf die Union als Aktionsfeld bezieht.<sup>11</sup> Denn die EFGP, die im Juni 1993 aus der Europäischen Grünen Koordination entstanden ist, versteht sich paneuropäisch; sie umfaßt heute 29 Mitgliedsparteien aus 27 Ländern, darunter auch drei Länder (Rußland, Ukraine und Georgien), die nicht zum Kreis der EU-Beitrittskandidaten zählen.<sup>12</sup>

Die Satzung der EFGP sieht allerdings die bislang nicht genutzte Möglichkeit vor, im Rahmen der Föderation eine Partei-Organisation für den EU-Rahmen zu bilden. Ein Standing Committee on European Union Affairs, gegründet im September 1993, hat über die Phase der Vorbereitung der Europawahl 1994 hinaus keine Wirkung entfaltet. Die ihm ursprünglich zuge dachte Funktion wird praktisch von der EP-Fraktion der Grünen wahrgenommen.

Die Europäischen Grünen können demnach (noch) nicht als europäische Partei im Sinne des Art. 138a EGV bezeichnet werden. Dennoch ist ihre Entwicklung im Hinblick auf die Entstehung einer transnationalen Partei der Grünen auf EU-Ebene interessant. Denn einerseits werden im Zuge der Erweiterung sukzessive nahezu alle Mitgliedsparteien in das politische System der EU einbezogen, was dazu führen wird, daß sie auch die damit gebotenen Möglichkeiten in Anspruch nehmen werden; und andererseits zeichnet sich ab, daß die Grünen in der Lage sein werden, in ihrem europäischen Verbund, aber wohl auch im jeweiligen nationalen Rahmen, nach und nach ihre ideologischen Widersprüche zu überwinden. Das zeigt sich nicht nur an den Ergebnissen ihrer programmatischen Bemühungen, sondern auch an ihrer zunehmenden Fähigkeit, sich inter- beziehungsweise transnational zu organisieren.<sup>13</sup> Erstmals fand im Mai 1997 in Berlin eine Konferenz ihrer Parteiführer statt.

Heute sind die Grünen in den Parlamenten von zwölf EU-Mitgliedstaaten mit 167 Abgeordneten vertreten; in Italien, Finnland und Frankreich beteiligen sie sich an der Regierung. Die damit wachsende Verantwortung im System bringt es mit sich, daß die Europäischen Grünen nach und nach auch ihre Existenz als Partei und damit auch die entsprechenden Organisations- und Kommunikationsformen akzeptieren.

#### *Ausblick*

Wenn auch der Amsterdamer Vertrag keine Fortschritte im Hinblick auf die rechtlichen Grundlagen und die Stellung der europäischen Parteien im politischen System der Union gebracht hat, so sind doch eine Reihe der neuen Bestimmungen für die diesbezügliche Entwicklung relevant. Vor allem wird durch die Verpflichtung der Union auf die Demokratie, die Menschen- und Freiheitsrechte und die Respektie-

rung rechtsstaatlicher Prinzipien der in Maastricht beschrittene Weg von der Staaten-Union zur Bürger-Union ein gutes Stück weitergegangen. Entsprechendes kann auch gesagt werden von den neuen Bestimmungen, die mehr parlamentarische Mitentscheidung vorsehen, mehr Transparenz versprechen und mehr Subsidiarität garantieren.

Diese und andere Elemente (zum Beispiel die starke Hervorhebung einer Verantwortung der Union für die soziale Dimension, für die Beschäftigung und für die Umwelt) werden zu einer zusätzlichen Politisierung – und das heißt auch zur weiteren Demokratisierung und Transnationalisierung der Debatte in der Union führen. Es ist evident, daß dadurch die Rolle der europäischen Parteien wachsen wird, da diese Debatte und die damit verbundene Auseinandersetzung auf die Strukturen, die die europäischen Parteien zur Verfügung stellen, angewiesen sein wird.

### Anmerkungen

- 1 Professor Dr. Dimitris Tsatsos leitet das 1992 gegründete Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht an der Fernuniversität in Hagen.
- 2 Vgl. Sitzungsdokument A 4-0342/96; abgedruckt in: Europäische Grundrechte-Zeitschrift 1-4 (1997), S. 77-82.
- 3 Zitiert im Tsatsos-Bericht.
- 4 Ebd.
- 5 SPE-Generalsekretariat, c/o EP, B-1047 Brüssel.
- 6 Vgl. zu den Angaben dieses Abschnitts: EVP News, hrsg. vom EVP-Generalsekretariat, rue d'Arlon 67, B-1000 Brüssel; sowie EVP/EUCD Jahrbuch 1996, hrsg. von der EVP-Fraktion des EP, Brüssel 1997.
- 7 Die frühere portugiesische Mitgliedspartei, Centro Democrático Social, war vor einigen Jahren aus der EVP ausgeschlossen worden.
- 8 Vgl. The Treaty of Amsterdam: Building a Democratic and Effective Citizen's Europe Prepared for Enlargement, adopted by the ELDR Leaders, Luxemburg, 6 June 1997, ELDR-Generalsekretariat, c/o EP, B-1047 Brüssel.
- 9 Preparing for the information society, abgedruckt in: XVIIIth Congress Vienna 10-12 July 1996, ELDR-Broschüre.
- 10 The Political Position of the European Federation of Green Parties at the EU Intergovernmental Conference of 1996. As adopted by the Fourth Council Meeting in Turin, 11 February 1996 (EFGP-Consultation Paper).
- 11 Vgl. Dietz, Thomas: Die „Europäischen Grünen“ – Auf dem Weg zu einer europäischen Partei?, in: integration 2 (1997), S. 84-97.
- 12 Vgl. European Greens: Party Profiles, 28. April 1997 (hektographiert), EFGP office, 1047 Brüssel, c/o EP.
- 13 Vgl. Dietz, Thomas, a.a.O.

### Weiterführende Literatur

- Delwit, Pascal: Les partis socialistes et l'intégration européenne, Editions de l'Université de Bruxelles 1995.
- Dietz, Thomas: Die grenzüberschreitende Interaktion grüner Parteien in Europa, Köln 1997.
- Hix, Simon, Christopher Lord: Political Parties in the European Union, London 1997.
- Johansson, Karl Magnus: Transnational Party Alliances. Analysing the hard-won Alliance between conservatives and Christian Democrats in the European Parliament, Lund 1997.
- Lamberts, Emiel (ed.): Christian Democracy in the European Union (1945/1995). Proceedings of the Leuven Colloquium, 15-18 November 1995, Leuven 1997.